

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Klaus-Dieter Leisler,
Staatssekretär im Bundes-
ministerium der Verteidigung, würdigt die Verdienste jüdischer Soldaten in deutschen Streitkräften. Seite 1

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des deutschen Bundestages, erläutert die Probleme bei der Integration ausländischer Jugendlicher. Seite 3

Helmut Rothemund MdB, Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD, wirft Staatsminister Streibl unredlichen Umgang mit Haushaltazahlen vor. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 77

23. April 1981

In die Bundeswehr gehören Demokraten

Was uns das Schicksal der jüdischen Soldaten in der Reichswehr lehrt

Von Dr. Klaus-Dieter Leisler
Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

Auch wenn die meisten der heute Lebenden an den Verbrechen des Dritten Reiches unschuldig sind, müssen wir alle das politische Erbe der Schuldigen annehmen und daraus Konsequenzen ziehen. Die Mehrheit unserer Bürger ist davon überzeugt, daß es ein politisches und moralisches Gebot ist, die Lehren der Vergangenheit vor allem dadurch zu beherzigen, daß wir unser Denken und Handeln mehr denn je an der Verantwortung für Frieden, Recht und Humanität orientieren.

Nur ein gründliches Studium der jüngsten Geschichte - besonders anhand von Einzelschicksalen - kann eine Antwort auf die uns alle bewegende Frage geben, warum das selten spannungsfreie Verhältnis zwischen jüdischer Minderheit und nicht-jüdischer Mehrheit in Deutschland zur Katastrophe entartete. Nur eine klare, unzweideutige und unmißverständliche Auseinandersetzung mit den Versäumnissen, Vorurteilen, Fehlern und Verbrechen der Vergangenheit kann eine dauerhafte und tragfähige Grundlage für eine bessere Zukunft sein.

Von dieser Grundlage ausgehend müssen sich beide Gruppen durch unvoreingenommene persönliche Kontakte besser kennen und verstehen lernen. Es muß verhindert werden, daß unsere jüdischen Mitbürger, wie Werner Nachmann kürzlich sagte, als "Exoten" behandelt werden, weil die mittlere und jüngere Generation der Deutschen noch nie einen Juden gesehen oder gesprochen hat. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß Juden als Wehrpflichtige wie als Freiwillige in unseren Streitkräften dienen.

Die Bundeswehr darf und will der Wahrheit über die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten nicht ausweichen. Sie ist daran interessiert, offenzulegen, was deut-



schen Soldaten jüdischen Glaubens in diesem Jahrhundert in deutschen Streitkräften widerfahren ist, selbst wenn das Ergebnis schmerzt und beschämt.

Die Bundeswehr kann sich nicht als wertfreies Instrument staatlicher Macht empfinden. Sie ist vielmehr organischer Bestandteil eines demokratischen Staates, für den die Achtung der Würde des Menschen ein unveräußerliches und unantastbares Recht ist. Unsere Armee baut auf dieser Wertgrundlage auf und begreift den Schutz der Menschenwürde und der Grundrechte gegen innere und äußere Gefahr als die entscheidende sittliche Legitimation ihres Auftrages. Aus diesem Grunde nimmt die Bundeswehr die - wenn auch wenigen - Fälle von Mißachtung der Menschenwürde in den Streitkräften der letzten Jahre, die im jüngsten Bericht des Wehrbeauftragten angesprochen werden, sehr ernst.

Am Beispiel des Schicksals unserer jüdischen Mitbürger wird die elementare Bedeutung dieser Werte sichtbar. Diesen Mitbürgern blieb versagt, was wir mit großer Selbstverständlichkeit von unserem Staat erwarten: Die Bewahrung und Verteidigung von Recht und Freiheit jedes Einzelnen.

Mit Trauer und Erschütterung nehmen wir zur Kenntnis, was deutschen jüdischen Soldaten angetan wurde. Ihre Treue zum Vaterland und ihre Tapferkeit im Krieg wurden durch ein verbrecherisches Regime zunächst mit Demütigung und Diffamierung, später mit Haß, Verfolgung und Mord bitter vergolten. Dies ist vor allem deshalb unfaßbar, weil im Ersten Weltkrieg nahezu 100.000 jüdische Mitbürger in der deutschen Armee dienten, von denen 12.000 an der Front ihr Leben ließen. Sie kämpften und starben Seite an Seite mit ihren nicht-jüdischen Kameraden und zeichneten sich wie diese durch Tapferkeit, Pflichtbewußtsein und Treue aus. Sie lebten soldatische Tugenden vor, die auch für die Bundeswehr unverzichtbar sind.

Wir wissen, daß auch heute die Gewalt nicht aus der Welt verschwunden ist. Radikalismus und Extremismus sind eine ständige Bedrohung auch für unseren Staat. Dieser Bedrohung gilt es mit den Mitteln des Rechts, der Politik und vor allem der Aufklärung durch Bildung und Erziehung entschlossen entgegenzutreten.

Das Schicksal der Juden in Deutschland lehrt uns anschaulich, daß besonders Intoleranz und Antisemitismus den geistigen Nährboden bildeten, auf dem die Nationalsozialisten ihre irrationale und mörderische Suche nach "Schuldigen" entfesselten. Es beweist uns eindringlich, daß eine Minderheit rechtlos und schutzlos staatlicher Willkür preisgegeben ist, wenn ein Staat in die Hände von Fanatikern und Verbrechern gerät.

Diese Gefahr ist heute in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben. Dennoch müssen wir stets wachsam sein und den Anfängen wehren. Anzeichen von Extremismus, gleichgültig ob von rechts oder links kommend, muß energisch entgegengetreten werden. Es gilt, Vorurteile abzubauen, aufflackernden Antisemitismus zu bekämpfen und dafür Sorge zu tragen, daß die schutzwürdigen Werte unseres Rechtsstaates keine schöne Utopie bleiben, sondern erlebt werden. Das gilt in besonderer Weise für den Dienst in der Bundeswehr. Deshalb gibt und wird es in unserer Armee keinen Platz für Soldaten geben, die sich nicht zu diesen Werten des Grundgesetzes bekennen. Radikalismus, egal ob von rechts oder links, wird in unseren Streitkräften nicht geduldet werden. Die Menschenwürde des Einzelnen muß und wird geschützt werden.

Der Bundeskanzler hat am 17. Juli 1980 in Amsterdam zum 85. Geburtstag von Dr. Nahum Goldmann ausgeführt: "Wir haben gegen Extremisten und Terroristen in unserem Lande reagiert, aber nicht überreagiert. Wir verteidigen unsere Demokratie, aber nicht auf Kosten unserer demokratischen Freiheiten. Wir bemängeln Meinungsverschiedenheiten und Konflikte nicht, aber wir werden nicht aufhören, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte mit gerechten und ausgewogenen Kompromissen zu lösen. Für mich selbst liegt darin ein Wesenskern der Demokratie."

In jüngster Zeit wird von verschiedenen Seiten verstärkt beklagt, daß die Jugend vergeblich nach Idealen im Staat sucht, die ihrem Leben Ziel und Sinn geben können. Viele junge Menschen sprechen vom Pathos des Grundgesetzes, das keine ausreichenden Antworten auf ihre Fragen gibt. Sie gehen hart ins Gericht mit den negativen Erscheinungsformen unserer Wohlstandsgesellschaft und stehen dem Staat ablehnend gegenüber. Niemand wird bestreiten, daß es auch in einer Demokratie Mißstände und Unzulänglichkeiten gibt.

Ich meine aber angesichts des Schicksals unserer jüdischen Mitbürger müssen sich die Kritiker des Staates und seiner Gesellschaft die Frage gefallen lassen, ob das Eintreten für Frieden und Freiheit, für Achtung und Menschenwürde und Toleranz nicht mehr ist als leeres Pathos. Ob es nicht ein sehr konkretes, lohnendes Ziel und auch Ideal ist, das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen.
(-/23.4.1981/ks/va)

Die ausländischen Kinder

Erwartungen und Probleme in der europäischen Emigration

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Nach den neuesten Statistiken leben heute rund 4,5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Rund ein Viertel von ihnen sind Kinder unter 16 Jahren.

Nach den Türken und Jugoslawen stellen die Italiener mit 620.000 die drittgrößte Gruppe. 57 Prozent aller Italiener wohnen gemeinsam mit der Kernfamilie in der Bundesrepublik. Deshalb verwundert es nicht, daß die Italiener nach den Türken an zweiter Stelle bei den Kinderzahlen liegen: 144.000 italienische Kinder unter 16 Jahren leben bei uns.

Die weitaus größte Zahl der Ausländer arbeitet als Un- oder Angelernte. Das ist der auffälligste Unterschied zu den Deutschen. Besonders augenfällig ist er bei den Italienern mit 82 Prozent und den Türken mit 80 Prozent. Bei den Jugoslawen sticht ein hoher Facharbeiteranteil, der bei rund 30 Prozent liegt, hervor; bei den Italienern liegt er bei rund 15 Prozent.

Erst die weiterführende Ausbildung in der Bundesrepublik ist ein Merkmal, das einen deutlichen Chancenvorsprung beim beruflichen Aufstieg verschafft. Jugoslawen und Griechen profitieren am meisten davon, am wenigsten die Italiener.

Die beruflichen Möglichkeiten sind auch abhängig von den Deutschkenntnissen. Je besser die Sprache beherrscht wird, um so höher ist im Durchschnitt die berufliche Position. Ein dritter wichtiger Faktor ist die berufliche Anfangsposition. Die Aufstiegsmöglichkeiten der Migranten sind nämlich gering, das heißt der Start bestimmt auch die weitere Entwicklung. Den Sprung von der Hilfsarbeiterposition zum Facharbeiter haben nur 21 Prozent der Griechen, 12 Prozent der Spanier, elf Prozent der Jugoslawen, neun Prozent der Türken und sechs Prozent der Italiener geschafft.

Im Geschlechtsvergleich schneiden die Frauen erkennbar noch schlechter ab. Die Italiener stellen im Schuljahr 1979/80 13,4 Prozent der Gesamtzahl der ausländischen Schüler in der Bundesrepublik Deutschland. Im selben Schuljahr haben insgesamt 552.000 ausländische Schüler die allgemeinbildenden Schulen besucht. Bezieht man die Zahlen der ausländischen Schüler auf die Schülersgesamtzahlen in allgemeinbildenden Schulen, so befanden sich im selben Schuljahr im Bundesdurchschnitt 9,6 Prozent Ausländerkinder in Grundschulen und 8,1 Prozent in den Hauptschulen.

Von 100 ausländischen Schülern in weiterführenden allgemeinbildenden Schulen besuchten im Schuljahr 1979/80 rund 85 Prozent Hauptschulen und Sonderschulen und nur 15 Prozent Realschulen, Gymnasien oder Gesamtschulen.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft stellte fest, daß nur 41 Prozent der ausländischen Schüler den Hauptschulabschluß erreichen und damit der größte Teil von ihnen eine wichtige Voraussetzung für die berufliche Qualifizierung nicht erfüllt.

Von den Italienern erreichten 45 Prozent keinen Abschluß. 42 Prozent einen Hauptschulabschluß, zwei Prozent einen Sonderschulabschluß, drei Prozent einen Realschulabschluß statistisch gesehen keiner das Abitur; auf sonstige Abschlüsse und die Rubrik keine Angaben entfielen acht Prozent.

Schulische Schwierigkeiten sind zum Teil auch schichtspezifisch bedingt. Während im Heimatland die Mehrheit der Ausländer zu den weniger privilegierten Schichten der Gesellschaft gehörte, werden in der Bundesrepublik Deutschland von den ausländischen Schülern auf die Mittelschicht zugeschnittene Qualifikationen in der Regel erwartet. Aus diesem Grund haben ausländische Kinder von vornherein schlechte Startchancen, da die Verhaltens-



muster und Wertorientierungen ausländischer Familien noch stärker als die deutscher Unterschichtsfamilien von den Normen der Schule abweichen.

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung stellte fest, daß bei ausländischen Jugendlichen von der Möglichkeit der Befreiung von der Berufsschulpflicht häufiger als bei deutschen Jugendlichen Gebrauch gemacht wird. Statt einer Ausbildung wählen die ausländischen Jugendlichen oft eine ungelernte Tätigkeit.

Hinzukommt, daß bis Mitte der 80er Jahre noch geburtenstarke Jahrgänge deutscher Jugendlicher in die Berufsausbildung und das Erwerbsleben eintreten, so daß das Problem der Vermittlung einer berufsqualifizierenden Ausbildung ausländischer Jugendlicher noch größer wird.

In der Berufsausbildung bestehen vor allem auch noch deshalb Schwierigkeiten, weil die personelle und sächliche Ausstattung noch nicht hinreichend an den Bedürfnissen ausländischer Jugendlicher orientiert ist.

Wir können davon ausgehen, daß eine Mehrheit der in der Bundesrepublik geborenen oder im frühen Alter eingereisten Kinder und Jugendlichen nicht in ihre Heimatländer zurückkehren wird. Die vom Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführte Befragung ergab, daß lediglich 30 Prozent der ausländischen Jugendlichen, bei den Italienern 33 Prozent, wieder in ihr Heimatland zurückkehren wollen. Etwa die gleiche Anzahl wußte schon bei der Befragung, daß sie auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben möchten; der Rest war noch unentschieden. Um so wichtiger wird das Problem der Integration oder Eingliederung. Was heißt das konkret? Sollen ausländische Mitbürger auf ihre eigene Kultur, manchmal ältere als die deutsche, verzichten? Sollen sie ihren Glauben aufgeben? Sollen sie ihre Tradition und ihre Sitten ablegen? Ich befürworte die Eingliederung, die soziale Integration. Integration ist aber keine Einbahnstraße sondern eine Zweibahnstraße, das heißt, ausländische und deutsche Mitbürger müssen ihre Verhaltensweisen und Einstellungen wechselseitig einander annähern. Für die deutsche Gesellschaft bedeutet das ein ernsthaftes Bestreben, Vorurteile abzubauen und größeres Verständnis für andersartige Lebensgewohnheiten zu entwickeln.

Dem ausländischen Mitbürger soll unabhängig von seiner Entscheidung über die Staatsangehörigkeit ermöglicht werden,

- gleichberechtigt in der Bundesrepublik zu leben,
- gesellschaftlich gleichgestellt zu sein,
- gleichzeitig seine kulturellen Besonderheiten zu pflegen.

Integration heißt für die SPD Gewährleistungen gleicher Lebens-, Arbeits-, Wohn- und Ausbildungsbedingungen, gleicher sozialer Rechte für ausländische wie für deutsche Mitbürger, Sicherung der kulturellen Eigenständigkeit und befriedigende Regelung des Aufenthaltsrechts.

Zu Recht hat die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit die Ausländerpolitik als eine Schwerpunktaufgabe für die 80er Jahre bekräftigt - vor allem unter dem Aspekt der Ausländerintegration. Der Bundeskanzler führte aus "Integration heißt, die Ausländer, die bei uns leben und arbeiten, so zu stellen, daß sie sich einbezogen und zuhause fühlen können. Dies ist eine ganz schwierige Aufgabe...

Für viereinhalb Millionen Ausländern und deren Eingliederung, deren Integration, brauchen wir menschenwürdige Wohnungen, Arbeitsplätze, erleichterte Möglichkeiten zur Einbürgerung, brauchen wir vor allem konkrete Hilfe für die Kinder: Wenn sie alleingelassen bleiben, wenn sie in doppelter Heimatlosigkeit aufwachsen - nicht zuhause dort, wo ihre Eltern herkamen, aber auch nicht zuhause hier -, wenn sie keine Schulabschlüsse erreichen, wenn zwei Drittel der jugendlichen Ausländer als Ungelernte arbeiten müssen, dann kann aus alledem schwerer Schaden entstehen, falls es so bliebe."

Nach Ansicht der christlichen Kirchen muß sich die Bundesrepublik als "multikulturelle Gesellschaft" verstehen, in der sich die Ausländer nicht lediglich anzupassen haben. Integration sei nicht so zu verstehen, daß die Ausländer ihr sprachliches, kulturelles und religiöses Erbe aufzugeben haben.

Was die multikulturelle Gesellschaft, das Gegenseitige-sich-Annähern angeht, so ist die Bundesrepublik Deutschland noch ein Entwicklungsländer. Vielleicht bis auf eine Ausnahme: In



Bereich des Magens, der Küche, beweisen die Deutschen auch aufgrund ihrer Auslandsreisen immer mehr multikulturelles Verständnis; jedoch Verstand und Herz hinken noch hinterher. Vor Illusionen muß allerdings gewarnt werden. Es ist schon mühselig genug, sich eine eigene Kultur voll zu erschließen. Um wieviel schwieriger ist der Einstieg in eine andere oder gar in mehrere andere Kulturen!

Auch vom Ausländer muß man natürlich erwarten, daß er sich nicht selbst in die Isolation zurückzieht, sondern seiner neuen Umgebung gegenüber Aufgeschlossenheit und Eingliederungswillen zeigt.

In welcher Intensität übrigens die Integration angesteuert werden soll, hängt nicht zuletzt von der räumlichen und kulturellen Nähe des Ursprungslandes zur Bundesrepublik Deutschland ab. Ich würde es nicht für sinnvoll halten, von allen in der Bundesrepublik lebenden Italienern verlangen zu wollen, ihre eigene Kultur aufzugeben, während sich dort die Integration der beiden Länder auf immer mehr Gebieten reibungslos vollzieht.

Mit der Integration in eine zum Teil sehr andersartige Welt kann nicht früh genug angefangen werden. Die gegenseitige Annäherung, der Abbau von Vorurteilen und das Verständnis füreinander beginnen schon im Kindesalter und beim Erlernen der Sprache.

Die ausländischen Kinder und Jugendlichen sind eine große, benachteiligte Minderheit unserer Gesellschaft. Geringerer Kindergartenbesuch, sprachliche und wohnliche Gettoisierung der Kinder und der Familien sowie die zusätzliche Belastung der Entwicklung durch kulturelle Konflikte und Identitätsschwierigkeiten, die Kinder also nicht recht wissen, wohin sie gehören, sind meines Erachtens wesentliche Hemmnisse auf dem Weg nach einer Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer. In allen Bildungsbereichen muß die Integration im Vordergrund stehen. Die Integrationsmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, die jungen Ausländer in die Lage zu versetzen, die Angebote und Möglichkeiten der Gesellschaft ohancengleich wahrzunehmen. Nationalklassen in der Schule, wie sie von den unionsregierten Ländern, allen voran der Freistaat Bayern, propagiert werden, lehne ich mit aller Entschiedenheit ab. Sie fördern die bereits bestehende Gettoisierung und sind einer konsequenten Integrationspolitik hinderlich.

Alle Kinder ausländischer Arbeitnehmer sind uneingeschränkt in das deutsche Schulsystem zu integrieren. Nur so können wir ihnen angemessene Berufs- und somit angemessene Lebenschancen eröffnen. Alle ausländischen Kinder haben ein Anrecht darauf, gemeinsam mit deutschen Kindern einen Kindergarten, eine Kindertagesstätte, eine Vorschule zu besuchen. Um allen ausländischen Kindern Chancengleichheit zukommen zu lassen, werden in allen Bereichen noch viele einzelne Schritte zu tun sein. Viele, auch von Sozialdemokraten und Gewerkschaften aufgestellte Forderungen sind noch zu realisieren. Ich will aus meiner Sicht darlegen, welche Forderungen in welchen Bereichen kurz- und mittelfristig zu realisieren wären, um die bestehenden und von mir bereits beschriebenen Ungleichheiten zumindest abzubauen:

a) **Einzelforderungen im Bereich Vorschule und Kindergarten**

- Es müssen interkulturelle Curricula und Materialien für Kindergärten mit hohem Ausländeranteil entwickelt werden, insbesondere altersgerechte Materialien zum Erlernen der deutschen Sprache.
- Um eine sinnvolle Arbeit zu gewährleisten, müssen die Gruppen ausreichend klein gehalten werden.
- Ausländische Betreuer und Eltern sind an der Kindergartenarbeit zu beteiligen.
- Über Beratung und Fortbildung sind die Mitarbeiter von Kindergärten auf die besonderen Probleme der Arbeit mit Ausländerkindern vorzubereiten.



b) Einzelforderungen zum Bereich Schule

- Die Einhaltung der Schulpflicht muß durch bessere Erfassung, durch Aufklärung und Beratung durchgesetzt werden.
- Ausländische Schüler werden grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Schülern in Regelklassen unterrichtet.
- Klassen mit hohem Ausländeranteil müssen personell und sachlich besser ausgestattet werden (zum Beispiel, durch Doppelzählung der Ausländerkinder bei der Lehrerzuweisung).
- Wenn notwendig, müssen Ausländerkinder zusätzlich Förderunterricht, vor allem in Deutsch erhalten.
- Die Wahl der Muttersprache als Fremdsprache ist zu ermöglichen.
- In den Unterrichtsstoff der Regelklassen sind auch Stoffe einzubeziehen, die an den Erfahrungen der ausländischen Kinder anknüpfen.
- Arbeitsmaterialien sind zweisprachig abzufassen, um einen bilingualen Unterricht zu ermöglichen.
- Für Kinder, die aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht sofort in die Regelklassen integriert werden können, sind Vorbereitungsklassen einzurichten.

c) Einzelforderungen zum Muttersprachenunterricht

- Der Muttersprachenunterricht vermittelt die Heimatsprache und heimatliche Landeskunde.
- Der Sprachunterricht muß den Kriterien des Muttersprachenunterrichts für deutsche Kinder genügen.
- Es wird vormittags in Abstimmung mit dem Regelstundenplan als zusätzliches Pflichtfach erteilt.
- Dieser Unterricht untersteht ausschließlich der deutschen Schulaufsicht.
- Der muttersprachliche Unterricht kann auch von ausländischen Lehrern erteilt werden, die jedoch ausreichend Kenntnisse in der deutschen Sprache, der bestehenden schulrechtlichen Bedingungen und der Lehrpläne nachgewiesen haben müssen.

d) Einzelforderungen zum Bereich Lehrer

- Ausländische und deutsche Lehrer sind gleichzustellen und in die deutschen Lehrerkollegien zu integrieren.
- An den Universitäten sind Studiengänge einzurichten, in denen deutsche und ausländische Lehrer auf den Unterricht von ausländischen Kindern vorbereitet werden.
- In diesem Zusammenhang sind bikulturelle Ausbildungsgänge und dementsprechende Sprachprogramme, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien zu entwickeln.
- Es ist zu regeln, daß Lehrer, die in Klassen mit hohem Ausländeranteil unterrichten, zur Weiterqualifikation freigestellt werden.
- Es ist die Möglichkeit zu schaffen, daß deutsche Lehrer ohne Mehrbelastung die Sprache eines der Entsendungsländer lernen können. Dies schließt Studienaufenthalte in diesen Ländern ein.

(-/23.4.1981/hj/ca)

+

+

+



Gezielte Benachteiligung Bayerns?

Streibls Zahlensalat beweist nichts!

Von Helmut Rothmund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Um die von Strauß vorgegebene Linie "nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte nennen" auch ja einzuhalten, hat sich Finanzminister Streibl zu einer Dokumentation hinreißen lassen, die sich mit den finanziellen Kürzungen des Bundes und den Auswirkungen auf das Land Bayern befaßt. Die 50-Seiten-umfassende "Fleißarbeit" weist beachtliche Mängel auf: Streibl operiert mit falschen Zahlen und vermischt in unzulässiger Weise nicht zueinander gehörende Zahlengruppen, um den Eindruck "gegen Bayern gerichteter" überproportionaler Kürzungen zu erwecken. Schließlich bringt der bayerische Finanzminister das Kunststück fertig, in Bayern nach völlig anderen Grundsätzen zu handeln wie er sie gleichzeitig von Bonn fordert. So werden in Bonn Einnahmeverbesserungen und Kreditaufnahmen strikt abgelehnt, auf der anderen Seite werden aber auch die Haushaltskürzungen bekämpft und - um das Maß der Unaufrichtigkeit voll zu machen - auch noch Mehrausgaben im Bereich der Verteidigung und der Landwirtschaft gefordert. Diese Art doppelzüngiger Politik muß von der SPD mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Die angeblich gezielt gesteuerte Benachteiligung Bayerns durch den Bund gehört in das Reich der Märchen. Streibl entlarvt sich als Zahlenjongleur im Dienste seines Herren.

Zunächst ist festzuhalten, daß jede achte Mark für Staatsausgaben Bayerns aus dem Bundesetat stammt und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Kürzungen des Bundes auch Leistungen an den Freistaat Bayern betreffen. Die Rechnung allerdings, die Streibl aufmacht, verknüpft mit polemischen Vorwürfen an den Bund, kann nicht aufgehen, weil sie nicht stimmt.

Beispiel Bundesfernstraßenbau: Streibl spricht davon, daß von den insgesamt geplanten Kürzungen von 450 Millionen Mark allein 297 Millionen Mark auf Bayern entfallen würden. Diese Zahlen sind in dieser Zusammenstellung falsch. Tatsache ist, daß die Haushaltsmittel des Bundes insgesamt von 6,79 Milliarden im Jahr 1980 auf 6,37 Milliarden im Jahr 1981, also um 450 Millionen Mark, zurückgehen. Das Ländervolumen an den Mitteln für den Bundesfernstraßenbau betrug 1980 6,683 Milliarden Mark. Davon hatte Bayern mit 1,388 Milliarden einen Anteil von 20,8 Prozent. Im Haushaltsentwurf 1981 sind für das Ländervolumen 6,072 Milliarden vorgesehen. Davon soll Bayern 1,091 Milliarden Mark erhalten, was einem Anteil von 18 Prozent entspricht. Damit bleibt der Anteil Bayerns höher als die Sollquote von 17,3 Prozent. Der Freistaat erhält in diesem Jahr 257 Millionen weniger als im Vorjahr. Diese Summe setzt sich zusammen aus der "normalen" Bundeskürzung, die alle Länder betrifft, und dem Wegfall außerplanmäßiger Mittel, die Bayern im letzten Jahr von anderen Ländern, die diese nicht verbrauchen konnten, erhalten hat. Allein 1980 hat Bayern über 200 Millionen Mark dieser überplanmäßigen Mittel erhalten. Rechnet man diese Sonderzuweisung fairerweise heraus, auf die Bayern keinen Rechtsanspruch hat, dann ist der Freistaat von den Kürzungen im Bundesfernstraßenbau nicht stärker betroffen als andere Bundesländer. Man kann schließlich dem Bund nicht den Vorwurf überproportionaler Kürzungen zuschieben, wenn die anderen Länder jetzt die ihnen zustehenden Kontingente ausnutzen. Die Kürzung der Haushaltsmittel 1980 gegenüber 1981 ist außerdem im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) zu sehen; für dieses Programm waren in den Haushaltsmitteln 1980 für den Bundesfernstraßenbau 700 Millionen Mark vorgesehen. Das von allen Parteien akzeptierte Auslaufen des ZIP mußte deshalb automatisch eine Verringerung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau mit sich bringen und kann, auch wenn sich Herr Streibl noch so sehr müht, nicht als eine bewußte Kürzung der Bundesregierung dargestellt werden. Überhaupt erscheint die Reaktion Streibls als die eines verwöhnten Kindes, das nicht einsehen will, daß Kürzungen im Familienbudget auch zu seinen Lasten gehen müssen. Im Fünf-Jahres-Plan 1976 bis 1980 erhielt Bayern von den gesamten Bundesfernstraßenmitteln 23,5 Prozent bei einer Sollquote von 17,3 Prozent. Das spricht für sich.



Streibl wird in seiner Dokumentation auch dadurch unsachlich und unglaubwürdig, daß er Tatbestände miteinander mischt, die nichts miteinander zu tun haben. Beispiel Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes": Nach den Kürzungen verringern sich die auf Bayern entfallenden Bundesleistungen um 65 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr. Bei einer Komplementärfinanzierung von 60 (Bund) zu 40 (Land) in diesem Bereich stehen für diese Gemeinschaftsaufgabe also 108 Millionen Mark weniger zur Verfügung. Streibl vermischt nun diese Zahlen mit dem Ende 1980 ausgelaufenen Sonderrahmenplan des Zukunftsinvestitionsprogramms. Er kommt deshalb zu dem Ergebnis, daß Bayern zusätzlich 86 Millionen Mark fehlen, wenn man Bundes- und Landesmittel zusammennimmt. Nun hat aber der Sonderrahmenplan aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm mit der Gemeinschaftsaufgabe nicht zu tun. Das weiß auch Herr Streibl. Außerdem war von vorne herein geplant, das Zukunftsinvestitionsprogramm zeitlich zu begrenzen, so daß das Auslaufen des Sonderrahmenplans nichts Ungewöhnliches ist und nur über einen beachtlichen geistigen Klimmzug als Kürzung des Bundes interpretiert werden kann.

Beispiel Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur": In seiner "Dokumentation" kommt Streibl zu dem Ergebnis, daß aufgrund der Kürzungen in Bayern insgesamt 45,8 Millionen Mark weniger an verplanbaren Mitteln als im Vorjahr zur Verfügung stehen. Daraus folgert der Herr Minister, daß deshalb im Bereich der gewerblichen Wirtschaft ein Investitionsvolumen von rund 450 Millionen Mark nicht realisiert werden kann. Auch diese Rechnung vermittelt einen falschen Eindruck. Tatsache ist, daß der Bund die auf Bayern entfallenden Mittel um 13,4 Millionen Mark reduziert hat. Davon sind vor allem Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen betroffen. Die Kürzungen haben aber überhaupt keine Auswirkungen auf Investitionsmaßnahmen der privaten Wirtschaft, wie von Streibl behauptet wird. Die Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen steigen gegenüber dem Vorjahr noch leicht an. Dies kann jeder aus dem vorliegenden Haushaltsplan entnehmen. Daß weniger Mittel verplant werden können als im Vorjahr, liegt an den hohen Verpflichtungsermächtigungen der letzten Jahre, die nicht zum Verantwortungsbereich des Bundes gehören.

Besonders "geschickt" operiert Streibl im Kapitel Wohnungsbau, wo er versucht, die unvertretbar niedrig angesetzten Landesmittel dadurch zu vertuschen, daß er in sattsam bekannter Manier auf den Bund einschlägt und diesen für die finanzielle Misere im Wohnungsbau verantwortlich zu machen sucht. Tatsache ist - im Gegensatz zu den Äußerungen von Streibl - daß der Bund 1981 in etwa gleichviel Mittel für den Bau von neuen Sozialwohnungen und für das Eigenheimprogramm ausgibt wie im Vorjahr. So bleiben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau (1. Förderungsweg) mit 89,5 Millionen konstant, die Mittel für das Eigentumsprogramm (2. Förderungsweg) steigen sogar leicht auf 175,2 Millionen an. Die Kürzungen, von denen der Finanzminister spricht, beziehen sich auf die Verpflichtungsermächtigungen 1980 und 1981, die um 14,5 Prozent abnehmen und sich erst 1982 auswirken. Vergleicht man nun die Landesmittel mit den Bundesmitteln im Wohnungsbau, dann schneidet Bayern besonders schlecht ab, denn die Landesmittel werden in diesem Jahr um 50 Millionen Mark zurückgenommen. Das heißt im Klartext: Bayern unternimmt in diesem Jahr keine finanziellen Anstrengungen, um mehr Sozialwohnungen als bisher zu fördern.

Ich könnte die Reihe der Beispiele, in denen der Finanzminister mit den Zahlen entweder falsch oder in unzulässigem Zusammenhang jongliert, weiter fortsetzen am Beispiel Städtebauförderung oder am Beispiel Kürzung der Gas-Öl-Betriebsbeihilfe für den öffentlichen Personennahverkehr. Ich möchte mir das aber ersparen. Streibls Vorwurf, daß der Bund Bayern gezielt benachteiligt, ist absurd. In keinem Bereich ist die auf Bayern entfallende Kürzung höher als es seinem Länderanteil entspricht. Nach wie vor behält Bayern zum Beispiel bei den Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur" und "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" seine überproportionalen Anteile (24,8 Prozent beziehungsweise 22,8 Prozent der Bundesmittel). Die Polemik des Finanzministers und des Ministerpräsidenten Strauß ist auch deshalb besonders unglaubwürdig, weil sie jahrelang für Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt eingetreten sind. Hätte die Bundesregierung die Ratschläge von Strauß und Streibl beherzigt, wäre es zu einem Vielfachen der Kürzungen gekommen, die jetzt das unehrliche Wehklagen der CSU hervorrufen. Ich bin sicher, daß die Bürger der Bundesrepublik und Bayerns die Scheinheiligkeit und Unredlichkeit der Schuldzuweisungen der Staatsregierung an den Bund erkennen. (-/23.4.1981/ks/ca)

+ + +

